

Pressemitteilung

EU Green Deal konterkariert Klima- und Artenschutz

Familienbetriebe Land und Forst fordern mit neuer Informationskampagne „Unser Green Deal“ ein Umdenken

Berlin. 19. Mai 2021 – „Wir unterstützen die Ziele der EU-Kommission, mit dem Green Deal mehr Arten- und Klimaschutz zu erreichen. Doch die geplanten Maßnahmen passen nicht zu diesen Zielen: Wir weisen deshalb im Rahmen unserer Informationskampagne dringend darauf hin, auf pauschale Nutzungsverbote zu verzichten, denn diese erschweren den Klima- und Artenschutz auf der Fläche und in der Wertschöpfung“, so der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst, Max von Elverfeldt, mit Blick auf die aktuellen Beratungen zum Klimaschutzgesetz und im Vorfeld des internationalen Tages zur Erhaltung der Artenvielfalt am 22. Mai 2021.

Die EU-Biodiversitätsstrategie als ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Green Deal sieht unter anderem vor, dass 10 Prozent der Land- und Meeresflächen Europas unter strengen Schutz gestellt werden sollen. Dabei soll jegliche wirtschaftliche Landnutzung, einschließlich Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, vollständig verboten werden. Max von Elverfeldt rechnet vor, was das in Zahlen bedeutet: „10% Flächen-Stilllegungen in Deutschland bedeuten rund 3,5 Mio. Hektar Landflächen, die aus der Bewirtschaftung genommen werden. Das sind knapp 5 Mio. Fußballplätze bzw. fast 15 % der land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Bei einem durchschnittlichen Nutzungswert von 20.000 € je Hektar würde die Stilllegung von 10% der Landfläche zu einem volkswirtschaftlichen Schaden von über 70 Mrd. Euro pro Jahr allein in Deutschland führen.“ Zudem sei es klimapolitisch unverständlich, auf Nutzungsverbote zu setzen. Die gesamte Klimaschutzleistung eines ungenutzten Waldes verliert laut wissenschaftlichen Berechnungen rund 4 Tonnen CO₂ je Hektar. Dies entspricht 50% der Pro-Kopf-Emission in Deutschland. „Wir erleben derzeit, wie die globale Nachfrage nach dem nachwachsenden klimafreundlichen Rohstoff Holz zunimmt, und die EU will Teile der Forstwirtschaft lahmlegen. Das passt nicht zusammen.“

Auch sei dem Artenschutz mit Nutzungsverböten nicht geholfen. Prof. emeritus Dr. Dr.h.c. Ernst Detlef Schulze vom Max-Planck Institut für Biogeochemie Jena fordert daher einen Paradigmenwechsel: „Die bisherigen Bemühungen zum Erhalt der Arten haben nicht gewirkt. Die Schlussfolgerung der EU ist, dass wir mehr Schutzgebiete errichten müssen, um diesem Trend entgegen zu wirken. Untersuchungen im nachhaltig bewirtschafteten und unbewirtschafteten Wald haben jedoch ergeben, dass auch ein Mehr an Schutz am globalen Artenschwund nichts ändern wird. Wir benötigen demnach keine neuen Nutzungsverbote, sondern vielmehr einen Paradigmenwechsel im Arten- und Klimaschutz: Weg von Schutzverordnungen für bedrohte Arten, hin zu marktwirtschaftlichen Anreizen für die Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Flächen zum Erhalt bedrohter Arten.“ Als Beispiel sei der Frauenschuh

genannt, die einzige „prioritäre Pflanzenart“ im EU-Naturschutzkonzept von Natura 2000. Man findet den Frauenschuh vor allem in bewirtschafteten Wäldern Süddeutschlands. Ohne Bewirtschaftung wird der Wald zu dunkel, sodass die Art mit besonderem Schutzstatus keine Blüten mehr ausbilden kann. Der Frauenschuh verschwindet.

Ein Umdenken beim Green Deal fordern auch die Familienbetriebe Land und Forst im Rahmen der heute gestarteten Informationskampagne *Unser Green Deal – Klima- und Artenschutz statt Nutzungsverbote*. „Klima- und Artenschutz haben für uns Land- und Forstwirte höchste Priorität. Deshalb möchten wir aktiv an der Umsetzung des Green Deal mitwirken und schlagen wirksame Alternativen zu den beabsichtigten Nutzungsverböten vor, um den Einklang zwischen ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit zu sichern“, erklärt Elverfeldt. Dazu gehören u.a. ein integrativer Ansatz von Bewirtschaftung und Artenschutz sowie die Honorierung und Inwertsetzung von ökologischen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft.

Unter www.unser-green-deal.de finden Sie weitere Hintergrundinformationen sowie Bild- und Videomaterial zur Kampagne.

Pressekontakt:

Juliane Ahrens

Leiterin Kommunikation, Familienbetriebe Land und Forst e.V.

Tel.: 030 -246 30 46 11

ahrens@fablf.de